LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

L A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

IV. Wahlperiode/ 20 Sitzung.
1. Sitzungsperiode 1934

Stenographischer Bericht

über die am Dienstag, den 6. März 1934 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Vollversammlung des Landesrates.

Vorsitzender Blügel (DF): Meine Dame und meine Herren! Infolge Erkrankung des Herrn Präsidenten Scheuer bin ich mit der Leitung der Sitzung beauftragt und eröffne dieselbe hiermit (10 Uhr).

Die Regierungskommission ist vertreten durch die Herren:

Ministerialdirektor Kuchenbecker, als Staatskommissar;

Regierungsrat Steng, als Vertreter des Regierungskommissars für Finanzen.

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Levacher (DF)-Saarlouis; Albrecht (DF)-Neunkirchen; Baltes (DF)-Saarbrücken; Kiefer (DF)-Saarbrücken; Dr. Dr. Röchling (DF)-Völklingen; Dr. Schweig (DF)-Saarbrücken; Scheuer (DF)-St. Ingbert;

Detjen (KP)-Saarbrücken; durch Ausschluß; Hey (KP)-Dudweiler; Pink (KP)-Bous; Braun (SP)-Saarbrücken.

Die

T a g e s o r d n u n g

liegt Ihnen vor,. Sie umfaßt folgende Punkte:

Begutachtung der Verordnungsentwürfe betreffend:

1) Abänderung der Verordnung betr. die Erhebung von staatlichen Grund-und Gebäudesteuern vom 11. August 1932;

2) Erhöhung der Tabaksteuer;

3) Einheitspreisgeschäfte;

4) Abänderung und Ergänzung des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908;

5) Ergänzung des Strafgesetzbuches.

Der Ältestenrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, daß in der heutigen Sitzung für jede Fraktion eine Stunde Redezeit stattfinden soll. Die Punkte 1 bis 3 und die Punkte 4 und 5 werden zusammengefaßt behandelt. Im Anschluß an die Beratung der Vorlage der Tagesordnung wird eine allgemeine Aussprache stattfinden.

Ich erteile das Wort dem Sprecher der Deutschen Front, Herrn Abgeordneten Schmoll !

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

rsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll!

g. Schmoll (DF): Meine Dame und meine Herren! Namens der Deutschen Front habe ich folgendes

G u t a c h t e n

abzugeben:

Die Deutsche Front lehnt nicht nur die Vorlage

betr. Erhöhung der Gebäudesteuer

ab, sondern sie protestiert grundsätzlichgegen jede Steuererhöhung im Saargebiet. Nicht Steuererhöhung, sondern eine Senkung der sehr hohen steuerlichen Belastung der saarländischen Bevölkerung ist ein Gebot der Stunde. Es ist erstaunlich, daß die Regierungskommission noch in den letzten Monaten ihres Wirkens dem saarländischen Hausbesitz eine neue Steuer aufzulegen für richtig hält. Sie zeigt damit, daß sie für die Wohlfahrt des bodenständigsten Teiles der Bevölkerung wenig Verständnis hat. Ausgerechnet der in den letzten 14 Jahren stark mitgenommene Hausbesitz soll die Mittel zum Ausgleich der Gemeindeetats aufbringen.

In ihrer Denkschrift betont die Regierungskommission, daß die Landwirtschaft von der Steuer nicht erfaßt werden soll, weil es der Landwirtschaft im Saargebiet schlecht geht. Das wäre unseres Erachtens ein Grund, der Landwirtschaft entsprechend dem Antrage der Landwirtschaftskammer die Grundsteuer zu erlassen. Wir fragen dabei weiter:

Ist es denn dem Hausbesitz in den letzten 14 Jahren etwa gutgegangen ? Durch die Gesetzgebung völlig entrechtet, seiner Einnahmen jahrelang fast ganz beraubt, legt man ihm in zunehmenden Maße Steuern auf, die unerträglich sind. 10 Millionen mußte der Haus-und Grundbesitz bereits für einen Ausgleichsfonds der Gemeindeetats aufbringen. Jetzt sollen hierzu weitere 3 Millionen aus dem Hausbesitz herausgeholt werden. Bei der letzten Vermögensveranlagung zog man außerdem die Gebäudesteuerschraube in der Weise weiter an, daß man durch Neueinschätzung vieler Gebäude erhöhte Werte auf dem Papier errechnete, die in Wirklichkeit garnicht existieren. Das gilt besonders von den großen Einfamilienhäusern und Großwohnungen im Altbesitz. Diese in besseren Zeiten erstellten Luxusbauten lassen sich meist weder teilen noch entsprechend vermieten oder verkaufen. Der Luxus aber ist dahin, das Haus ist geblieben und die Steuerbehörde schätzt lustig darauf los als wenn nichts geschehen sei. Aber auch das kleinste Bergmannshäuschen ist berufen mit dazu beizutragen, die Millionen aufzubringen, die die Regierungskommission zur Senkung der Gemeindeumlagen benötigt. Eine Heranziehung einer Sondersteuer zu solchem Zwecke und in dieser Art ist bar jeglichen sozialen Gedankens.

Statt die Gebäudesteuer weiter zu erhöhen, wäre es angebrachter die Einschätzung der Gebäude zu überprüfen und deren Steuerwert dem heutigen Verkehrswert anzupassen. Dies gilt auch für Neubauten, die besonders unter früherer Überteuerung und dem heutigen hohen Zinsfuß leiden. Im Reich hat man um den veränderten Wertverhältnissen Rechnung zu tragen, Verordnungen erlassen, die eine Revision der Vermögensveranlagung ermöglichen. Warum geschieht das nicht im Saargebiet ?

Die

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 I

Die Regierungskommission begründet die Vorlage mit der Notwendigkeit der Auffüllung jenes Fonds zum Ausgleich der Gemeindeumlagen. Wir halten es schon für höchst bedenklich, zu einem solchen Ausgleich lediglich eine Sondersteuer heranzuziehen. Wenn die Bürger einer Gemeinde einer anderen Gemeinde finanziell helfen müssen, warum soll diese Hilfe nur von dem hausbesitzenden Bürger gestellt werden. Schon die starke Zunahme der Zwangsversteigerungen sollte der Regierungskommission eine dringende Warnung sein, nicht noch weitere Lasten dem Hausbesitz aufzuerlegen.

Wenn aber für den Ausgleichsfonds weitere drei Millionen aufgebracht werden müssen, dann liegt die Frage nahe, wären nicht diese drei Millionen bei der Verwaltung des Saargebietes einzusparen oder aus sonstigen Mitteln bereit zu stellen ? Um ihre verfügbaren Reserven anzulegen, benötigt die Regierungskommission nach ihren eigenen Angaben nicht weniger als acht Banken. Die Beträge müssen demnach erheblich sein. Könnte die Regierungskommission nicht aus solchen Mitteln, die doch wohl zum größten Teil Steuerüberschüsse vergangener Jahre darstellen, die drei Millionen entnehmen. Dies schiene uns umso unbedenklicher als das Saargebiet schuldenfrei ist und die Regierungskommission in den letzten Monaten ihres Bestehens kein Interesse an einer Vermögensanhäufung haben kann.

Könnten nicht auch die sehr hohen Péculs, die unter ganz anderen Zeitverhältnissen und damals schon reichlich hoch festgesetzt wurden, in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden, bevor man den Hausbesitz belastet. Wir konnten in der Kommissionsberatung feststellen, daß die für verhältnismäßig wenige Beamte aufgestapelten Péculesgelder mit Zinsen und Zinseszinsen die stattliche Höhe von ca. 35 Millionen Franken erreicht haben. Wir erlauben uns deshalb anzuregen, die Péculs zeitgemäß herabzusetzen, dann brauchte man nicht Hand an den Hausbesitz zu legen. Sollte man aber über den Grundsatz der wohlerworbenen Rechte der Beamten straucheln, während man von den wohlerworbenen Rechten der Hausbesitzer nie etwas gehört hat, dann wäre es wirklich nicht zu viel verlangt, solche im Dienste der Allgemeinheit erworbenen Vermögen zur Vermögens-bezw. Einkommensteuer heranzuziehen. Wir würden uns aber auch schon damit bescheiden, wenn die Regierungskommission anstelle der heutigen Vorlage eine einmalige steuerliche Belastung der Péculesgelder von 9 bis 10 % zum Gesetz erheben würde. Wäre das etwa eine Härte ? Oder ist es nicht viel ungerechter, diese Einkommen bezw. Vermögen zu schonen und die drei Millionen, die durch eine solche einmalige Belastung der Péculs beschafft werden könnten, den Taschen der Hausbesitzer zu entnehmen.

Sollte aber unter Ablehnung solcher Anregungen im Saargebiet weitere Haus-und Grundsteuern nicht zu umgehen sein, so ist der Gedanke zunächst einmal den größten Haus- und Grundbesitzer im Saargebiet heranzuziehen, keineswegs abwegig. Warum denkt die Regierungskommission dabei nicht an die französische Grubenverwaltung. Handelt es sich hier nicht um besonders wertvollen und auch rentablen Haus-und Grundbesitz ? Stark belastenden Privatbesitz, der fast ausschließlich kleinen und mittleren Existenzen gehört, weiter zu belasten und rentablen Besitz einer ausländischen Regierung zu schonen, sind keine Grundsätze weiser Staatsverwaltung. Die Bergwerksdirektion müßte u.E. in der heutigen Notzeit selbst auf den Gedanken kommen, etwas von ihrem hohen Gewinn an die notleidenden Bergmannsgemeinden abzugeben, Gewinne, die sie zum größten Teil den gedrückten Löhnen der Bevölkerung dieser Orte verdankt. Aber die Bergwerksdirektion ist vom Stamme

Nimm.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Nimm. Sie holt aus dem Saargebiet heraus, was sie nehmen kann und überläßt es weniger leistungsfähigen Schultern, die Last zum Ausgleich der Gemeindeetats zu tragen.

Wir wollen der Regierungskommission noch eine weitere Hilfsstellung geben, wie sie das Unheil der Vorlage von dem Hausbesitz abwenden könnte. Wie wäre es, wenn die Regierungskommission jetzt schon mit der Liquidation ihres aufgeblähten Verwaltungsapparates beginnen und wenigstens solche Beamte und Angestellte entlassen würde, die bestimmt keine Aussicht haben, von der Reichsregierung übernommen zu werden ?

Wir glauben, daß die hier gegebenen Anregungen genügen , die Regierungskommission auf einen anderen Weg als den der Vorlage zu führen und benutzen noch die heutige Gelegenheit, der Regierungskommission alte Forderungen erneut vorzutragen. Um dem Hausbesitz zu helfen, erwarten wir, daß sie endlich weitere Mittel als Zuschüsse zu Instandsetzungsarbeiten bereitstellt, damit vor allem zur Arbeitslosigkeit verurteilten und sich nach Arbeit sehnenden Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu führen ermöglicht wird. Wir verlangen ferner, in Bezug auf den Haus-und Grundbesitz immer wieder eine Senkung des ungewöhnlich hohen Immobilumsatzstempels von 6 %. Es ist gerade zu grotesk, wenn man einen Umsatz mit 6 % besteuert.

Außerdem ist es endlich an der Zeit, daß die Regierungskommission aus dem Stadium der Erwägungen, des Einholens von Gutachten und des Nachdenkens in Bezug auf die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft in der Stadt Saarbrücken herauskommt. Dreiviertel Jahre Bedenkzeit sollte endlich einen Entschluß reifen lassen. Wir können uns dabei nicht vorstellen, daß die Regierungskommission ihrem wiederholt proklamierten Grundsatz, wonach sie stets die Beschlüsse der Gemeindevertretungen in der Frage der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft respektiert habe, untreu werden könnte. Es wäre auch ein unhaltbarer Zustand, wenn das ganze Saargebiet frei von Wohnungszwangswirtschaft wäre und diese nur in Saarbrücken, Ludweiler und Altenkessel bestehen würde.

Wir erwarten deshalb eine baldige Entscheidung im Sinne der Beschlüsse der Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung, der Saarbrücker Stadtverwaltung und der Saarbrücker Wohnungszuteilungskommission.

Einer Vorlage, wie der vorliegenden, müssen wir die Zustimmung versagen.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

rsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Becker !

g. Becker (DF): Meine Dame und meine Herren! Der Punkt 2 der Tagesordnung betrifft die

Erhöhung der Tabaksteuer.

In der Begründung dieser Vorlage führt die Regierungskommission aus, daß die am 5.Juli 1932 vorgenommene Erhöhung der Tabaksteuer die erwartete Mehreinnahme nicht gebracht habe.

Das ist für uns keine Überraschung, und wenn Sie meine Ausführungen, die ich 1932 gemacht habe, nachlesen, so werden Sie die Bestätigung finden, daß wir damals das bereits erkannt und auch vorausgesetzt haben. Die Bevölkerung des Saargebietes ist am Ende ihrer Steuerleistungen angelangt. Wo nichts mehr ist, da hat nicht nur der Kaiser, sondern auch die Regierungskommission ihr Recht verloren. Und genau so wird es diesmal wieder kommen. Die Verbraucherschaft wird auf billigere Qualitäten abwandern müssen. Der Handel und der Fabrikant werden weniger verdienen, und wenn man die Einkommensteuer und die erhöhte Tabaksteuer zusammenrechnet,so wird wesentlich weniger dabei herauskommen als vorher. Die Steuerschraube im Saargebiet ist nun einmal überdreht. Wir haben den Zustand erreicht, daß ein weiteres Anziehen ergebnislos bleiben muß. Schon früher haben wir bereits darauf hingewiesen, daß die letzten Steuerreserven viel zu früh eingesetzt worden sind. Ich habe 1932 vor diesen vielen Steuererhöhungen wiederholt gewarnt. Wir können nur noch betonen, daß Steuererhöhungen nur dann vorgenommen werden dürfen, wenn alle Möglichkeiten erschöpft sind und Sparmaßnahmen nicht mehr getroffen werden können. Diesen Anregungen ist leider nur in sehr ungenügender Form entsprochen worden. In diesem Zusammenhang kann ich an die Ausführungen des Abgeordneten Schmoll und an meine Ausführungen in den beiden vorhergegangenen Sitzungen anknüpfen, in denen eine Herabsetzung oder Besteuerung des Pécules angeregt wurde.

Zur Vorlage selbst muß ich bemerken, daß wir sie ablehnen mit der Begründung, daß weitere Steuererhöhungen nicht mehr geeignet sind, höhere Erträge zu erbringen, da bei dieser Vorlage der Schaden, den sie dem Handel und Verbraucher bringt, den Nutzen, den sie dem Haushalt bringen sollte, bei weitem überwiegt.

Falls jedoch trotz unserer Ablehnung die Vorlage Gesetz werden sollte, so sollten wenigstens dabei folgende Tatsachen Berücksichtigung finden.

In der Verordnung vom Juli 1932 war zugelassen worden, daß die Hälfte der Steuer dem Kleinverkaufspreis zugerechnet werden konnte. Auf diese Weise wurde verhindert,daß von dem Steuerbetrag bei der Preisstaffelung nochmals Steuer bezahlt wurde. Nach der neuen Verordnung soll diese Vergünstigung in Wegfall kommen. Es wird daher beantragt, die Regelung von 1932 beizubehalten.

Alsdann möchten wir anregen, wenigstens den billigen Pfeifen-und Rolltabak von der Steuererhöhung freizulassen,da eine steuerliche Mehrbelastung hierfür sich gerade für die Arbeiterschaft besonders ungünstig auswirkt. Die Klasse A bis C für Pfeifen-,Kau- und Schnupftabak müßte von der Preiserhöhung freigelassen werden. Einem sozialen Moment könnte damit Rechnung getragen werden.

Die Industrie und der Handel des Saargebietes haben

einstimmig

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 113
A4

einstimmig angeregt, gesetzlich festzulegen, daß Tabakerzeugnissen Zugaben irgendwelcher Art, auch von geringem Werte, wie Bilder, Stickereien und Gutscheine, nicht mehr beigefügt oder lose beigegeben werden dürfen. Im Reiche sind dieselben Bestrebungen bereits erwogen und teilweise bereits durchgeführt worden, wenigstens in Bezug auf Tabak, und bei Zigaretten soll durch ein allgemeines Übereinkommen auch für die nächste Zeit die Abschaffung aller Zugaben geplant sein. Wir begrüßen diesen einstimmigen Beschluß und würden auch unsererseits beantragen, daß er gesetzlich festgelegt wird, denn er entspricht unserer bisher eingenommenen Haltung in der Frage des Zugabewesens.

In kann mir denken, daß jemand, der absolut Zugaben geben will, das in der Form tut, daß er besseren Tabak verwendet. Beim Verbraucher würde diese Zugabe jedenfalls mehr Anklang finden als alle anderen Zugaben.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung betreffend

Einheitspreisgeschäfte

habe ich folgendes

G u t a c h t e n

abzugeben:

Über Selbstverständlichkeiten soll man nicht viel Worte machen. Als die Regierungskommission am 23.November 1932 ein befristetes Errichtungsverbot für Einheitspreisgeschäfte aussprach, tat sie nicht mehr als ihre wirtschaftspolitische Pflicht. Die Entwicklung in allen europäischen Ländern hat in der Zwischenzeit zur Genüge bewiesen, wie bedenklich die Einheitspreisgeschäfte sind, weil sie wertvolle Teile des Mittelstandes lahmlegen. Sie bedeuten aber auch eine Schädigung der Gesamtwirtschaft. Erst vor wenigen Tagen schrieb die Zeitschrift des elsaß-lothringischen Lebensmittelhandels:

"Wir wiederholen immer und immer wieder, daß mit der Zunahme dieser Geschäfte ebenfalls das Elend in der Produktion und in der Arbeiterschaft zunimmt".

Der saarländische Einzelhandel hat schwer genug zu kämpfen. Er muß deshalb vor dieser neuen Gefahr beschützt werden.

Der Regierungsvorlage ist infolgedessen zuzustimmen.

Die Regierungskommission sollte sich aber nicht damit begnügen. Es sind ihr im Laufe der letzten Monate zahlreiche Vorschläge zur Behebung der Not im Einzelhandel gemacht worden. Wenn diese Vorschläge bisher auch noch nicht die Zustimmung der Regierungskommission gefunden haben, so wäre es doch an der Zeit, daß dieselben nochmals ernstlich geprüft werden. Denn dem mittelständischen Handel und Gewerbe im Saargebiet muß geholfen werden, damit nicht ein Kampf aller gegen alle zu einem Ruin aller führt.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 I

63

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Frisch !

Abg. Sommer (KP): Meine Damen und meine Herren! Die Regierungskommission hat uns eine Vorlage vorgelegt betr. Abänderung der Verordnung betr. die Erhebung von staatlichen Grund-und Gebäudesteuern vom 11. August 1932. Diese Steuer soll um 50 % erhöht werden. Wir müssen uns vor Augen führen, in welcher Situation sich die kleinen Hausbesitzer befinden, und wenn wir bedenken, daß es heute schon Hausbesitzer gibt, die Angehörigen der schaffenden Bevölkerung, die Bergarbeiter usw., die sich tatsächlich ihr Haus abhungern mußten, so können wir mit Recht behaupten, daß die Regierungskommission diesen ausgehungerten Menschen noch das Bißchen nehmen will, was sie sich ein Leben hindurch erhungert haben. Der ungeheure Lohnabbau, der durchgeführt wurde, hat diesen bedauernswerten Menschen nicht einmal mehr gestattet, ihren Zinsverpflichtungen und Abtragungen nachkommen zu können und daraufhin kommt die Regierungskommission jetzt und belastet diese armen Menschen noch mit einer neuen erhöhten Grund-und Gebäudesteuer. Die Endkonsequenz davon ist, daß diese armen Menschen mit allen Mitteln und Wegen versuchen, zu Geld zu kommen und Massenexmittierungen ist der schließliche Enderfolg einer derartigen Politik. Wer wird exmittiert ? Die ärmsten der Bevölkerung, die nicht einmal mehr ihre Miete bezahlen können, die man zum größten Teil ihrer Unterstützung beraubt hat. Ich habe in der Kommissionssitzung den Antrag an die Regierungskommission gestellt, sie möchte uns eine Statistik zugehen lassen, wie groß die Anzahl der Exmittierungen seit Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft ist. Die Antwort der Regierungskommission lautete, daß die Beschaffung dieser Statistik viel zu schwer sei. Meine Herren, wir können verstehen, daß es schwer ist, diese Statistik zu geben. Sie wird alle dem Hohn sprechen, was hier auf der Tagesordnung steht, und wenn wir nun eine solche Vorlage auf der Tagesordnung haben und wenn wir weiter feststellen, daß die Deutsche Front, wie sie sich nun nennt, an diesem ungeheuren Elend der Bevölkerung durch ihre Politik der letzten 14 Jahre schuld ist.

(Zurufe der Kommunisten: Sehr richtig!)

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Worte des Herrn Becker im vorigen Jahre: Wir sind bereit, alle Lasten der Regierungskommission zu bewilligen, aber nur, wenn wir mitarbeiten dürfen, andernfalls gehen wir in Opposition

(Zuruf der Kommunisten: Sehr gut, das war der Wortlaut!)

(Widerspruch und Zwischenruf des Abg. Becker: Das ist nicht richtig, Sie zitieren falsch !)

Das ist Eure Opposition, um für Eure demagogischen Betrugsmanöver der werktätigen Bevölkerung gegenüber Propaganda treiben zu können. Wir vergessen nicht diese Tat, wie die werktätige Bevölkerung, wie Ihr die werktätige Bevölkerung im Saargebiet in's Elend hineingeschleudert habt. Das ist die Endkonsequenz einer solchen Politik, die man nachher selbst ablehnen will.

Meine

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Meine Damen und Herren! Daß die Regierungskommission eine solche Statistik ablehnen will, ist ganz selbstverständlich. Wir haben nicht nur arme Leute im Saargebiet, wir haben auch sehr reiche Leute im Saargebiet. Wir kennen die Führer der Deutschen Front und auch der Röchling-Gruppe, die in Villen wohnen, die 12 Zimmer beanspruchen, wo auf der anderen Seite erwerbslose Familien zu 2 und 3 Familien in einem Zimmer wohnen müssen. Besteuert diesen Röchling nach Zimmern, besteuert die Villen und Schlösser, dann kann man Millionen herausholen, man kann dann neue Häuser bauen für die Armen, dann hören die Exmittierungen auf. Hier wird gesprochen von Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. Wir wollen das anführen: Die Wohnungszwangswirtschaft, die noch Schutz bietet den Allerärmsten, die man in die Armut hineingestoßen hat, für die man keine Wohnungen hat. Die Deutsche Front fordert andauernd Aufhebung der Zwangswirtschaft. Die Herren Röchling, Becker und andere brauchen keine Aufhebung, sie sind in der Lage, eine große Wohnung zu bezahlen. Wir fordern, daß die Wohnungszwangswirtschaft im Saargebiet wieder eingeführt wird. Aber wir fordern auch, daß von Seiten der Regierungskommission den Kleinhausbesitzern zu Reparaturen ihrer Häuser, zur Abtragung ihrer Schulden zinsfreie Darlehen gewährt werden. Ich habe Mittel gezeigt, wo man sie hernehmen kann. Aus den Steuern der Führer der Deutschen Front.

Weiterhin, wir lehnen diese Steuer in ihrer Gesamtheit ab, und nicht nur diese Steuern, sondern wir lehnen die gesamten Staats-und Gebäudesteuern ab, die in der vorjährigen Plenarsitzung beschlossen wurden.

Eine zweite Frage ist die Frage der Tabaksteuer. Und hier zeigt sich so recht das soziale Gesicht, das wahre soziale Gesicht. Die untern Tabaksorten werden allein 50 % höher besteuert, die oberen Tabaksorten 11 %. Gerade die Herren, die doch die Tabaksteuer gar nicht zu tragen brauchen, die in der Lage sind, die Steuer zu bezahlen, bei denen man die Steuer herausholen könnte, den Herren gibt man die Möglichkeit einer billigen Preissteigerung. Und ich sage, es ist ein Hohn für die arme Bevölkerung, daß man von seiten der Deutschen Front sagt: Man wolle damit den ärmeren Schichten die Möglichkeit geben, eine bessere Zigarre zu rauchen. Welch ein Hohn! Wir sagen: Die Regierungskommission und mit ihr die Deutsche Front wollen nicht nur dem Arbeiter wegnehmen, so wie sie ihm das Brot zur Hälfte genommen, sie sind bereit, auch den Rest noch zu nehmen. Die Regierungskommission hat gelernt, und es war Euer großer Führer, der das Wort geprägt hat: Die Steuern müssen am Strom aufgebaut werden. Ja, die Regierungskommission baut sie am Strom auf. So wie in Deutschland die Erbsen, Linsen und die Margarine besteuert und verzollt werden, so macht die Regierungskommission dieselbe Methode. Wir kennen diese Manöver. Wir lehen diese Steuern ab und lehnen auch die vorherige Tabakbesteuerung wenigstens für die unteren Sorten ab.-

Noch eine Frage. Etwas zu den Einheitspreisgeschäften. Die Regierungskommission hat uns eine Vorlage gegeben, nach der der Termin für die Versagung von Einheitspreisgeschäften im Saargebiet verlängert wird. Wir sagen: Warum eine Verlängerung? Sind die Einheitspreisgeschäfte vielleicht früher oder später richtig angewandt. Wir verlangen, daß die Einheitspreisgeschäfte im Saargebiet vollständig verboten werden. Was sind die Einheitspreisgeschäfte für Geschäfte ? Sie ruinieren den Kleinhandel und mit welchen Methoden, indem sie die Arbeiter ausbeuten am fließenden Band, ihnen die schlechtesten Löhne zahlen und eine sehr schlechte Ware auf den Markt bringen, um so die Konkurrenz unterbieten zu können. Wenn wir diese Einheitspreisgeschäfte verbieten, so haben wir im gewissen Sinne diese Ausbeutung am fließenden Band unterbunden.

<u>Aber</u>

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 I

Aber meine Herren, wir wissen als Kommunisten, daß das den Kleinhandel nicht retten wird, der unmittelbar verbunden ist mit dem Proletariat. Der beste Beweis ist die Wirtschaftskrise. Tausende von Kleinhändlern sind dem Ruin nahe, und nur mit Hilfe des Proletariats ist es möglich, den Kleinhändlern eine bessere Existenz zu sichern. Dazu sind Sie nicht in der Lage,denn Sie haben es bisher bewiesen, und auch Ihre sogen. Deutsche Front im Reich beweist heute noch, daß der Weg umgekehrt geht zur weiteren Unterdrückung, Ausbeutung und Verelendung des Proletariats und mit ihm des Kleinhandels.

Das sind unsere Vorschläge, und nur eins möchte ich noch behaupten und sagen: Diese Manöver der Deutschen Front können uns nicht irritieren, wir sehen klar in der Geschichte, und wir sind immer in der Lage und werden die werktätige Bevölkerung von diesen Manövern unterrichten, von diesen demagogischen Mitteln, die man anwendet, um sich die Massen zu sichern, um sie besser ausplündern zu können, und wir werden deshalb immer zu den Werktätigen sprechen.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri(SP): Meine Dame und meine Herren! Der Vorlage betreffend

Erhebung der staatlichen Grund-und Gebäudesteuer

können wir unsere Zustimmung nicht geben. Die Methode, bei zurückgehendem Steuersoll die Steuereinheiten zu erhöhen, kann sehr hemmende Wirkungen auf die Wirtschaft haben. Es ist nicht zu vertreten, bei allgemein sinkender Steuerkraft die Steuerschraube im einzelnen stärker anzuziehen. In erster Linie müßte versucht werden, die Haushaltausgaben der gesunkenen Steuerkraft anzupassen. Dies wird in der heutigen Zeit nicht mehr schwer sein, wo die meisten der oberen Beamten auch bei der Regierungskommission und anderen staatlichen, kommunalen sowie privatwirtschaftlichen Stellen dem Leitsatz anscheinend huldigen:Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Was könnte zurzeit in Staat und Kommune näherliegen, als diese Worte in die Tat umzusetzen und die Jahresgehälter von über 24 000 Franken einer gründlichen Revision zu unterziehen. Dies würde zu einer Entlastung der großen Anzahl kleiner Steuerzahler führen, die infolge Kurzarbeit und Feierschichten ja kaum das nackte Leben zu fristen haben. Auf die Kommunen würde sich eine derartige Besoldungskorrektur ebenfalls regulierend für die Etats mit über 300 % auswirken. Die Etats aller Kommunen des Saargebietes können nach dieser Maßnahme auf unter 200 % Umlage umgestellt werden, ohne daß noch ein besonderer Hilfsfonds aus der Grund-und Gebäudesteuer benötigt wird. Wir bekennen uns heute, ebenso wie früher, zu dem Leitsatz: Gemeinnutz geht vor Eigennutz und beantragen deshalb: Herunter mit allen übersetzten Gehältern und Bezügen in Staat und Kommunen, in der Privatwirtschaft und bei den freien Berufen. Sie dienen nur dem Eigennutz, und unter ihrer Last seufzt das werktätige Volk.

Die Regierungskommission ziehe den Besitz und die hohen Einkommen zu höheren Steuerleistungen heran und verschone den notleidenden Arbeiter, den kleinen Gewerbetreibenden, den kleinen Hausbesitzer vor weiteren drückenden unerträglichen Steuerlasten.

Der Vorlage betreffend

Erhöhung der Tabaksteuer

müssen wir ebenfalls unsere Zustimmung versagen. Die höhere Steuer von 5 Millionen Franken jährlich soll aus den Tabakwaren der geringsten Preislage erhoben werden. Also der ärmere Teil der Bevölkerung soll diese höhere Steuer durch einen Aufschlag von 50 % aufbringen, während die besseren Sorten und somit die kaufkräftigen Konsumenten davon verschont bleiben. Wir können der Regierungskommission auf diesem unsozialen Weg nicht folgen. Die heutige Zeit erfordert mehr Schonung der Arbeiterbevölkerung vor drückenden Steuerlasten. Ist doch das Lohnvolumen um 30 bis 35 % in allen Industrien und Betriebszweigen zusammengeschrumpft. Im Bergbau werden nur bis zu 20 Schichten verfahren. In der Hüttenindustrie und anderen Unternehmungen trotz vielen Schichten erbärmliche Löhne gezahlt. Der Lohn reicht in einem Arbeiterhaushalt nicht dazu aus, um den normalen Bedarf von Tabakwaren selbst bei den jetzigen Preisen zu decken.

Wir müssen es deshalb ablehnen, die wenigen Genußmittel, die den unbemittelten Volkskreisen zu einigermaßen erträglichen Preisen geboten werden, zu verteuern.

Gegen

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4 I

Gegen die Vorlage, die Sperrfrist für Einheitspreisgeschäfte zu verlängern, haben wir keine Bedenken.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Meine Dame und meine Herren! Ich habe den Auftrag erhalten, gegenüber den Anfragen, welche die Péculeverträge zum Gegenstand haben, ihnen folgende Aufklärung zu geben: Die Pensionsrücklageverträge - sogenannte Péculeverträge- sind zu Gunsten der Beamten der Zentralverwaltung einschließlich der Generalfinanzkontrolle und des Obersten Gerichtshofes abgeschlossen, welchen ein Anspruch auf Pension nicht zusteht. Es soll damit den genannten Beamten ein Ausgleich für die ihnen nicht zustehende Pensionsversorgung geschaffen werden, da man von keinem Beamten verlangen kann, jahrelange Dienste zu leisten ohne für diese Dienstzeit nach Beendigung derselben Pension oder eine sonstige Altersversorgung zu erhalten.

Die Pensionsrücklage wird auf Grund schriftlicher, von der Regierungskommission einerseits und den Beamten andererseits abgeschlossener Verträge gewährt. Diese Verträge geben den Beamten eine Gewähr wie ein Privatvertrag. Die Verträge enthalten die ausdrückliche Zusicherung der Steuerfreiheit.

Die Regierung sieht sich außer Stande, dem Verlangen nachzukommen, diese zweiseitig abgeschlossenen Verträge einseitig zu brechen. Ich habe den Auftrag erhalten, dies auf das entschiedenste zu betonen. Ein solcher Vertragsbruch würde nicht nur gegen die guten Sitten verstoßen. Sie erachtet ihn als rechtlich unmöglich.

Der kommunistische Redner, der Abgeordnete Frisch,hat die Behauptung aufgestellt, daß die billigsten Tabaksorten am höchsten besteuert würden. Das trifft nicht zu. Prozentual werden diese Sorten durchweg niedriger besteuert wie die teueren Sorten.

LR Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

rsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer!

g. Schmelzer(DF): Was hier vom dem Landesrat verlangt wird, ist nicht der Bruch des Vertrages ~~von~~zwischen Regierung und Pécule-Beamten. Der Vorschlag, der hier von der Deutschen Front gemacht wurde, wurde auch schon von anderen Fraktionen gemacht, eine Steuer zu legen auf das Vermögen, das dort angesammelt worden ist. Das hat mit dem Abschluß des Vertrages absolut nichts zu tun. Wenn man bedenkt, daß der Geldwert der Pécule jetzt ein ganz anderer ist als zur Zeit der Entstehung dieser Pécule, dann ist es nur ein Gebot der Gerechtigkeit und der Vernunft, wenn man etwas von diesem Geldwert wieder wegnimmt. Die Regierungskommission nimmt ja auch durch Steuerabgaben usw. von dem Vermögen der übrigen Bevölkerung fortdauernd Beträge fort. Daß die Regierungskommission sich auf den Vertrag bezieht, ist durchaus abwegig. Es hat von uns niemand verlangt, daß der Vertrag gebrochen wird, sondern daß der Vertrag den veränderten Geldverhältnissen angepaßt wird oder weitergehend noch als ein Entgegenkommen von uns, daß die Regierungskommission eine einmalige Abgabe auf die angesammelten Vermögen erheben möge. Man muß doch bedenken: Die Pécule steht dem Beamten zur Verfügung, er kann wählen, wo er diese Summe anlegen will, bei irgend einer Bank, bei irgend einem Geldinstitut. Nun sind die Péculesummen wohl gesperrt, das wurde uns in der Kommission vorgehalten. Aber es hält den Beamten nichts ab, daß er mit dem Geldinstitut eine Vereinbarung trifft, daß eine Beleihung seines Pécules stattfindet und mit dieser aus der Beleihung erhaltenen Summe kann von den Beamten-und das ist bekanntlich in großem Umfange geschehen weitgehendste Spekulation getrieben werden.

Wir haben in der Kommission eine Anzahl Fragen gestellt, die außerordentlich dürftig behandelt wurden. Wenn die Presse noch keine Notiz davon genommen hat, wird es gut sein, wenn die Anfragen der Deutschen Front und die Antwort der Regierungskommission veröffentlicht werden, damit die Bevölkerung sieht, wie die Regierungskommission uns nicht einmal das Material zur Verfügung stellt zur Begutachtung der Vorlagen, die sie uns vorlegt. Wir haben gefragt, welche Zinssätze werden gezahlt. Die Regierungskommission antwortete: Von der Landeskasse werden 3,0 % gezahlt. Es steht fest, daß Spekulationen größten Umfangs stattgefunden haben, zum Teil sind die Spekulanten - das ist ausgleichende Gerechtigkeit- gehörig geschoren worden.
Und was verlangt nun der Landesrat als Vertreter der Bevölkerung? Einzig und allein, daß man diese ungerechtfertigten Gewinne, die auch in der anderen Geldbewertung erblickt werden können, mit einer einmaligen Abgabe belegt von ungefähr 10 %.
Wenn das geschähe, braucht der Hausbesitz nicht besteuert zu werden, dann kommen mehr wie 3 Millionen heraus. Die Regierungskommission kann den Gemeinden helfen so gut es geht, wenn sie Wohlfahrt, zu der sie verpflichtet ist, als ihr oberstes Gesetz erklären würde, dann würde sie den Vorschlägen der Mehrheit des Landesrates nachkommen und würde den Beifall aller rechtlichen und gerecht Denkenden finden.

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

Vorsitzender: Die Vorlagen zu 1, 2 und 3 sind damit verabschiedet. Über die Beratung der Vorlagen 4 und 5 ist Ihnen ein schriftlicher Bericht zugegangen, weshalb wir uns die Berichterstattung ersparen können.
Wir treten dann in die Beratung der Vorlagen zu 4 und 5 ein. Das Wort hat Herr Abgeordneter Gärtner !

Abg. Gärtner (DF): Meine Dame und meine Herren! Die Kommission hat in ihren beiden Sitzungen einige Fragen gestellt an die Regierungskommission, davon ist eine Frage (Prot.v.27.II.34) noch zu beantworten. Ich nehme an, daß der Herr Staatskommissar Gelegenheit nimmt, die Antwort heute zu erteilen.

Zu den beiden Vorlagen, insbesondere die Vorlage betr. Abänderung des Reichsvereinsgesetzes habe ich auszuführen, daß eine einseitige Beratung offenbar der Regierungskommission das Gesetz in die Feder diktiert hat. Das Rundschreiben des Herrn Hillenbrand soll der Grund sein, warum die Vorlage herausgekommen ist. Das armselige Rundschreiben wird als Anlage der Begründung der Vorlage beigegeben, während eine Reihe ausgesprochener Hetzschriften der Kommunisten in der Begründung nicht erwähnt sind. In diesen Hetzschriften werden angesehene Bürger in den Kot gezogen und stehen einer beispiellosen gemeinen Diffamierung schutzlos gegenüber. Die "Volksstimme" findet genau so wie die Regierungskommission an dem schamlosen Treiben der Marxisten keinen Anstoß. In dem Flugblatt des Herrn Hillenbrand ist eine alte gewerkschaftliche Regel zum Ausdruck gebracht, die mehr als 30 Jahre schon besteht, wonach die Beitragszeiten beim Übertritt zu einer anderen Gewerkschaft angerechnet werden.

(Zuruf des Abg. Petri(SP): Das ist Bauernfängerei!)

Die Flugblätter der Kommunisten erschienen ohne Unterschrift, ja, sie machen sich lustig über die Regierungskommission und die Verwaltungsbehörden, denen es nicht gelingt, den Herausgeber dieser Flugschriften ausfindig zu machen.

(unverständliche Zurufe)

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Ich bitte, den Redner sprechen zu lassen.

Abg. Gärtner (DF): fortfahrend: In diesen Flugblättern werden angesehene Bürger, denen nichts nachzusagen ist, in der öffentlichen Meinung herabgesetzt.

(Erneute unverständliche Zwischenrufe)

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Ich bitte nochmals,, den Redner sprechen zu lassen.

Abg. Gärtner (DF) fortfahrend: Wenn wir in der schlimmsten und gemeinsten Weise tituliert werden, dann ist das Angeberei, Denunziation und Diffamierung, wenn wir diese Gemeinheiten hier zur Sprache bringen. Diese Dinge hätten der Vorlage beigefügt werden müssen, dann wäre die Vorlage begründet gewesen. Die Auffassung ist überall zu hören, daß, wenn die Deutsche Front solche Blätter herausbringen würde, man die Übeltäter gefaßt hätte. Die Mitglieder der Reichsregierung werden beschimpft

und

LH Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

und herabgesetzt und bei der Deutschen Front findet man auf Schritt und Tritt getarnter Terror, Diffamierung usw. Wer sich dafür interessiert, mag sich an mich wenden, ich habe Material in Hülle und Fülle.

(Zwischenrufe des Abgeordneten Lorenz(KP)!

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Herr Lorenz, wenn Sie die Zurufe nicht unterlassen, muß ich Sie zur Ordnung rufen.

Abg. Gärtner (fortfahrend: Unsere Stellungnahme ist: Wir lehnen die Vorlagen als überflüssig ab. Das ruhige Volk des Saargebietes braucht eine solche Vorlage nicht und hat sie am wenigsten verdient.

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lorenz !

Abg. Lorenz (KP): Wir als Kommunistische Fraktion brauchen das Auftreten des Herrn Gärtner nicht so ernst zu nehmen, er will dem Forum zeigen, was die Deutsche Front ist und was sie will. Zum Beweis dafür, welche Bütteldienste sie der Regierungskommission leistet, besteht die Tatsache, daß Herr Gärtner im Saargebiet herumreist, um die Flugblätter der Kommunisten zu sammeln, in welchen die Beamten heruntergesetzt und in den Kot gezogen werden. Und dann will er haben, daß die Deutsche Front geschützt wird. Wir sind der Auffassung, wenn es heute in einer politischen Aussprache dringend notwendig ist, auf die Frage der Deutschen Front und der jüngsten Ereignisse einzugehen, dann soll man dieser Front den richtigen Namen geben, die "Röchling-Front!" So wie Herr Gärtner der Mann ist als Gewerkschaftssekretär, an dem Herr Röchling nur zu ziehen braucht, so wie Herr Kiefer der Mann ist, an dem Herr Röchling nur zu ziehen braucht. Herr Kiefer sagte einmal hier -es mag jetzt schon eineinhalb ~~H~~ Jahre her sein- "ich werde mich lieber aufhängen als unter die Regierung Hitler gehen." Vor acht Tagen hat dieser gleiche Mann in Berlin im Sportpalast gesprochen und gesagt, das ist meine Sehnsucht "Adolf Hitler". Er macht es deshalb, weil Herr Röchling es verlangt. Herr Abgeordneter Schmoll hat gesprochen und dabei zum Ausdruck gebracht, das ist alles unrichtig, was hier geschieht. Herr Schmoll, wenn es nicht mehr geht, dann machen Sie noch einmal eine Reise nach Saargemünd zu Poincaré. Sie wissen, daß man mit dem deutschen Imperialismus als auch mit dem französischen Imperialismus Geschäfte machen kann und in der Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung gemeinsame Sache machen kann

Warum kommen Sie von der Deutschen Front und erheben so ein wüstes Geschrei. Die Sehnsucht des Herrn Röchling nach Deutschland hat~~+~~ eine absolute reale Grundlage. Die Gewinne der Krupp'schen Werke haben im Jahre 1933 nach der nationalen Revolution um 25 % zugenommen. Die Löhne der Arbeiter in Deutschland sind in demselben Jahre um 15 % gesunken, d.s. 4 Milliarden Mark. Und wenn dann Herr Röchling sagt, uns zieht es heim zum Vaterhaus, dann sagt er das nur, um die Ausbeutung auch drüben machen zu können, merkwürdiger Weise hat er jetzt sein deutsches Herz entdeckt. Er hat 2 000 Arbeiter zum Krümpern geschickt, und sonstige größere Entlassungen vorbereitet.

Meine Herren, wir sind der Auffassung, daß wenn jemand sich bei jeder Gelegenheit glaubt etablieren zu müssen als derjenige, der das Deutschtum an der Saar in Erbpacht genommen hat, dann sagen wir, wir sind uns zu schade und zu gut, um uns in einer solchen Front zu befinden. Ich habe gestern die Zeitschrift vom Saarfreund zugeschickt bekommen, und da steht drin, daß der Herr Vicekanzler v. Papen den Herrn Röchling herzlich begrüßt hat. Wir sind der Auffassung und wissen zu genau, welche Kreise sich in Gesellschaft gefunden haben. Wir wissen, daß die Wallerfanger Arbeiterschaft von Herrn von Papen betrogen worden ist und der Herr Röchling entläßt 2 000 Arbeiter und sieht nun die großen Gewinne in Deutschland. Daß sich solche zwei finden müssen, ist klar, denn ~~+~~ es ist das größte Ausbeutungsgesindel. Wir können uns heute ersparen, die Deutsche Front zu charakterisieren, sie ist nämlich in den jüngsten Tagen von eigenen Anhängern charakterisiert worden. In Dudweiler war eine Demonstration von werktätigen Anhängern der Deutschen Front. Diese ziehen

zum

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

72

zum Bürgermeister, der erklärt, ich verhandle nicht mit Ihnen, ich verhandle nur mit Dr. ..... Da zogen die Arbeiter los und riefen, "Nieder mit Röchling". Ich selbst habe einige dieser Leute gefragt, warum sie rufen "Nieder mit Röchling "? Die Leute antworteten mir, weil Röchling derjenige ist, der mit eigenen Händen 1935 aufgehängt wird. Wir sagen, das ist der Mann, der vor noch nicht allzulanger Zeit hier gestanden und behauptet hat, er führe 110v% der Bevölkerung zu Deutschland zurück. Wir haben erklärt, daß die Kommunistische Partei einzig und allein von sich behaupten darf, daß sie die werktätige Bevölkerung im Saargebiet führt, weil nur sie die Arbeiterschaft seit 14 Jahren ununterbrochen vertreten hat und sie heute noch vertritt.

Ich habe versucht, einen Kleingewerbetreibenden zu hören, wie er über die jüngsten Ereignisse der Vergangenheit denkt. Er sagte, ich bin noch Anhänger einer Partei dieser Deutschen Front und meine Bezeichnung ist folgende: In der Deutschen Front sind die, die je nach Bedarf schwarz-weiß-roten Plunder machen, und das lehnen wir ab. Wenn ein solcher Kleingewerbetreibender charakterisiert, so beweist das, daß er erkannt hat, was da gespielt wird. Ein Gewerbetreibender soll und muß seine Existenz gesichert sehen, und das kann er nur, wenn er den gemeinsamen Kampf aufnimmt mit der Arbeiterschaft im Saargebiet. Wir haben einen Schneidermeister gefragt, der Mann sagte uns, was unter Röchling geschieht, ist das Tun und Treiben einer Räuberbande. Das ist ein Arbeiter gewesen, ein Schneidermeister. Wenn so die Stimmung der Arbeiter und Werktätigen zur Deutschen Front ist, so sagen wir, die ganze Frage muß als ein Problem behandelt werden. Gestern in der Kommissionssitzung hat man noch gesagt, wir wären bereit, auch heute noch der Regierungskommission alle Vorlagen zu bewilligen, wenn nur die Regierungskommission zeigen würde, daß sie in irgendeiner Form uns noch entgegen kommen würde. Wir sind der Auffassung, daß nicht mehr und nicht weniger zum Ausdruck kommt, daß die Kleingewerbetreibenden sehen, ebenso die Bauern und Arbeiter worum es sich handelt. Es handelt sich nicht um eine Hilfe für die Werktätigen, sondern es handelt sich darum, die Arbeiter irre zu führen und in den blutigsten aller Kriege zu führen. Dazu haben weder der Bauer, der Mittelständler, der Arbeiter noch sonstige Werktätige irgendwelche Veranlassung. Wir werden sehen, daß Herr Röchling sein Privateigentum nicht besser verteidigen kann als durch die von der Regierungskommission eingesetzten Polizeikräfte. Die Arbeiter von Röchling brauchen nur eine Versammlung anzusetzen, und wenn dort eine Gefahr besteht, daß die Arbeiter dort ihre Meinung sagen könnten, dann wird von der Hüttendirektion die Polizeiverwaltung in Völklingen informiert. Landjäger und Polizeibeamte sind ja in ausreichender Zahl vorhanden.

Was ist die Ursache der sich zeigenden Differenzen der letzten Tage in der Deutschen Front ? Wir sind der Auffassung, daß bei Beurteilung und Beantwortung dieser Frage unter keinen Umständen außer acht gelassen werden darf, die tiefe Kraft, die das Proletariat in der Rebellion und seiner Unzufriedenheit zu entfalten im Stande und in der Lage ist. So wie die Kraft des Proletariats in der Welt ausgereicht hat, um Dimitroff, Popoff und Tanef den blutigen Händen des Faschismus zu entreißen, so ist im Saargebiet die Kraft des Proletariats die letzte und äußerste Ursache der tiefgehenden Differenzen in der Deutschen Front. Die soziale Ungleichheit - wer versucht, und wer möchte den Versuch machen, zu behaupten, daß beispielsweise Röchling mit einem Jahreseinkommen von 25,9 Millionen mit einem Arbeiter ein gemeinsames Interesse haben könnte, der einen Lohn von nicht einmal 500.-Franken im Monat hat.

L H Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

hat. Diese widernatürlichen Führer hier, die nur um ihrer Interessen willen eine solche Front zustande bringen, wollen glauben, daß es ihnen gelingen würde, Röchling, den Millionenverdiener mit den bereits halbverhungerten Proletariern in eine Front zu bringen. Wer einer solchen Illusion nachläuft, dem müssen wir sagen, der wird eines Tages, eine bittre Lehre ziehen müssen,

(Zuruf der Kommunisten: Wie das Proletariat in Deutschland.)

und zwar die, daß das Proletariat sich nicht noch einmal für die Verteidigung Ihres Geldsacks in die Schanzen schlagen wird. Wenn die Arbeiter sich noch einmal in die Schanzen schlagen, dann wird es sich darum handeln, das ganze Ausbeutergeschmeiß mit all ihren Lakaien und treuen Dienern zu beseitigen.
Meine Herren, wir sind außerdem der Auffassung, daß die Ursachen der Differenzen in der Deutschen Front zurückzuführen sind auf die unter unsrer Führung gesteigerte Rebellion der Arbeiter in den Betrieben, auf die unter unsrer Führung gesteigerte Rebellion der werktätigen Mittelständler und der Kleinhandwerker. Ich habe Ihnen vorhin bereits die Aussage eines Kleinhändlers und die Aussage eines Schneidermeisters zitiert. Sie können sich doch vorstellen,daß ein Schneidermeister, der durch Steuern, Zinsen usw. zum Ruin getrieben wurde, sein Haus verloren hat, selbst existenzlos geworden ist, daß er immer wieder die Frage so stellt: Wie komme ich zu einer neuen Existenz ? Und die Deutsche Front sollte einmal, anstatt soziale Demagogie zu treiben, einmal konkrete Beispiele anführen, daß in Deutschland auch nur ein Kleingewerbetreibender durch die Revolution zu einer Existenz gekommen ist.

Ich bin außerdem der Meinung, man kann sich heute hierher stellen und sagen, in Deutschland sind Arbeiter neu eingestellt worden. Ich habe vorhin schon Krupp erwähnt und erwähne jetzt noch Siemens. Dort hat man 2000 Arbeiter neu eingestellt. Die gesamte, um 2000 Mann vermehrte Belegschaft verdient heute 30 % weniger als vorher. Wir sehen also, eine Gewinnerhöhung des Unternehmers um 25 % und eine Verminderung der Löhne um 30 % selbst bei einer durch 2000 Mann verstärkten Belegschaft. Das ist das, was die deutsche Revolution dem Unternehmer und dem Arbeiter gebracht hat, und das ist auch das, was uns berechtigt zu sagen, die Beibehaltung eines derartigen Zustandes, dem Unternehmer immer neue Millionen in die Taschen zu stecken und den Werktätigen immer mehr auszuplündern,führt dazu, daß die jüngsten Erscheinungen in der Deutschen Front nicht die letzten gewesen sind.

Meine Herren! Wir sind der Auffassung, es wird noch öfters vorkommen, wie das in Saarbrücken in den letzten Tagen passiert ist, daß morgens um 9 Uhr die Fahnen gehißt werden, um 10 Uhr werden sie weiter eingezogen, um 11 Uhr werden sie wieder gehißt und um 12 Uhr steht alles auf der Straße und fragt::Ja, warum sollen wir denn eigentlich flaggen?

Wir sind der Auffassung, daß sich auch weiterhin die sozialen Differenzen in der Deutschen Front verstärken werden zwischen Führerschaft und Anhängerschaft. Wir sind der Meinung, daß man nur einmal nach Völklingen zu gehen braucht, um die Röchling'schen Arbeiter zu hören. Der Abgeordnete Kiefer hatte unlängst die Dreistigkeit,im Landesrat zu behaupten -in Berlin hat er seine Behauptung und Lüge wiederholt - daß er 75 000 Mann gewerkschaftlich organisierter Arbeiter hinter sich habe. Meine Herren! Ich will Ihnen dazu nur ein Beispiel aus der Schwereisenindustrie anführen. Nach genauen Erhebungen -eshandelt sich nicht um Erhebungen hier im Landesrat und bei der Regierungskommission - bei Arbeitemn in der Hütte sind von 22 000 in der Schwereisenindustrie beschäftigter Arbeiter noch

<u>nicht</u>

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 1

nicht einmal 2000 Mitglieder in der Deutschen Gewerkschaftsfront. Bei Röchling haben sie genau 91 Mann in ihrer deutschen Gewerkschaftsfront, trotzdem aber stellen Sie sich hierher und sagen: Wir führen 110 %. Ich sage, Sie führen als Deutsche Front 110 % der Bevölkerung im Saargebiet und wer ist das? Leute wie Röchling und ähnliches Geschmeiß! 90 % der Saarbevölkerung, Arbeiter und Werktätige werden geführt den Weg, den sie gehen müssen, und zwar den Weg aus dieser Katastrophe, und dabei muß man sagen, daß die Deutsche Front ja auch alle Veranlassung hat, keine großen Tiraden zu machen, große Dinge von sich zu lassen und zwar bezüglich der Möglichkeiten 1935.

- Glocke des Vorsitzenden -

rsitzender: Herr Abgeordneter Lorenz, ich darf darauf aufmerksam machen, daß Sie noch zu zwei Vorlagen zu sprechen haben.

g. Lorenz (KP) fortfahrend: Sehr aufmerksam, Herr Präsident. Ich komme gerade darauf. Sie müssen anscheinend gemerkt haben, daß jetzt auch noch etwas zu sagen ist, was Sie angeht.

(Zwischenruf der Abg. Frau Herrmann (KP)-)

- Glocke des Vorsitzenden -

rsitzender: Frau Abgeordnete Herrmann, daß Sie von mir keinen Ordnungsruf bekommen, verdanken Sie dem Umstand, daß ich Ihnen nicht die Freude machen möchte, später einmal von mir zu behaupten, ich hätte Sie verständnislos hier behandelt.

(Großes Gelächter)

g. Lorenz fortfahrend: Belieben Sie Witze zu machen, Herr Präsident. Ich möchte jedoch zu Ihren Bemerkungen sagen, daß gerade Sie einer der letzten sind, die mich mit irgend etwas aber auch nur angreifen könnten, geschweige denn beleidigen. Denn ich habe in der letzten Landesratssitzung schon gesagt, gerade Sie müssen ja wissen, wie tief die Gärung in der Deutschen Front ist.

Man spricht hier im Saargebiet bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit von der freien und unbeeinflußten Wahl und Abstimmung im Jahre 1935. Meine Herren! Die zwei Verordnungen der Regierungskommission beweisen, daß weder die Deutsche Front unter Führung von Röchling noch die Regierungskommission aber auch nur das geringste dazu tun, eine freie und ungehinderte Abstimmung für 1935 zu gewährleisten. Ich will Zahlen und Beweise dafür anführen. Wer beispielsweise bei Röchling nicht in die Arbeitsdienstlager geht, wird entlassen. Wer bei Stumm-Neunkirchen nicht in die Arbeitsdienstlager geht, wird entlassen und dann kommt man hierher und sagt: Das ist freie, unbeeinflußte Meinung. Die Regierungskommission sagt, freie und unbeeinflußte Abstimmung. Sie gibt uns als gewählte Vertreter von 84 000 Werktätigen an der Saar noch nicht einmal die Möglichkeit, zu unsern Wählern zu sprechen. Wir haben jetzt noch nicht die Möglichkeit, unseren Wählern zu sagen, wie sie abstimmen sollen.

Wir haben wiederholt Vorschläge der Regierungskommission gemacht, haben angefragt, ob sie wenigstens dazu beitragen will, daß wir die Möglichkeit haben, auch den Arbeitern und Werktätigen zu sagen, was der Abstimmungskampf für sie bedeutet. Eine Notverordnung nach der andern der Regierungskommission sind verschärft und greifen in die elementarsten Rechte der Arbeiter im Saargebiet ein. Jetzt die neueste Verordnung, sie richtet

sich

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

sich mit ihren Verbotsmaßnahmen auch gegen die Gewerkschaften. Und wir sind der Auffassung, das ist doch den Arbeitern im Saargebiet das Koalitionsrecht genommen, das ist dem Arbeiter im Saargebiet das Streikrecht genommen. Das ist der Versuch, dem Arbeiter im Saargebiet jedes Recht zu nehmen, sich gegen Ausbeutung, Ausplünderung sozialer Unterstützungen auch nur im geringsten zur Wehr zu setzen. Und ich möchte dazu sagen, Die Regierungskommission wird im Laufe dieses Jahres 1934 ihre Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft fortlaufend zu verschärfen suchen. Warum, aus dem einfachen Grunde, weil die Regierungskommission, die Hitlerregierung in Deutschland und die Regierung in Frankreich über eine Frage sich in jeder Hinsicht einig sind und zwar im gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiter und Werktätigen. Stellen wir uns vor, wir sollen zu einer freien und unbeeinflußten Abstimmung im Jahre 1935 schreiten. Und was wird den Arbeitern zur Abstimmung vorgelegt? Drei Fragen, die wir folgendermaßen charakterisieren. Der eine hält in der Hand einen Pflasterstein, der andere einen Ziegelstein und der andere einen Kieselstein. Dann fragt man den Arbeiter, welchen von den drei er wählen möchte. Wir als Kommunisten sagen: Drei Steine, holen Sie sie alle drei und schlagen dem ein Loch in den Kopf, der einen dieser Steine als Brot wählen sollte. Wir sind der Auffassung, es wäre das beste und die würdigste und nachhaltigste Vorbereitung zum Jahre 1935, wenn die Arbeitslosen im Saargebiet Arbeit bekämen, die Arbeiter im Betrieb mehr Lohn bekämen, die Sozialrentner die ihnen geklauten Renten und Pensionen, der Kleingewerbetreibende die Möglichkeit hätte, seine Existenz zu sichern, der Kleinbauer entlastet würde von Pacht und Zinsen, und wenn die werktätige Masse wirklich die Möglichkeit hätte, auch zu sagen: Das Dasein, das Leben, das wir fristen, ist eines Menschen würdig. Wenn innerhalb 14 Tagen in einer kleinen Gemeinde im Saargebiet 80 Familien exmittiert werden,wovon 30 zu 3 und 3 Familien in 3 Zimmern untergebracht wurden, dann kann doch niemand behaupten, daß es im Saargebiet möglich ist, daß irgend ein Arbeiter ein Verlangen nach solchen eelenden Zuständen hat oder nach der Fortsetzung desselben. Glauben Sie, daß ein Arbeiter im Saargebiet, ein werktätiger Mittelständler, oder ein uneterer katholischer Geistlicher, das Verlangen haben könnte, im Kampf um seine sozialen Rechte mit der Endkonsequenz rechnen zu müssen anstatt eine soziale Verbesserung den Weg ins Konzentrationslager antreten zu müssen. Das kann der Herr Pfarrer Wilhelm hier zwar sagen, aber auch er würde das für sich wahrmachen, was schon viele behauptet haben, und zwar , daß sie schon heute verpaßt haben, um andere Gefilde aufzusuchen, wenn es einmal anders kommt, als diese Herren Führer es sich wünschen. Und wir sind der Ausfassung, daß der Arbeiter, der werktätige Mittelständler doch nur von diesem Gesichtspunkt, von diesem Standpunkt aus die Vorteile

(Zuruf des Abg. Wilhelm(DF): Sehen Sie zu,daß Sie den Anschluß nicht verpassen, der Sie schnell hinausbringt.) Mir brauchen Sie nichts zu sagen.)

Das sind beispielsweise der Kleingewerbetreibende, der Kleinhausbesitzer. Ich möchte dazu sagen, wenn Herr Pfarrer Wilhelm eine solche Selbstkritik trifft, kann ich ihm nicht helfen. Wenn der Arbeiter auf der Neunkircher Hütte, der Arbeiter auf der Völklinger Hütte und der Arbeiter im französischen Grubenbesitz seine Lohntüte in der Hand hat und er seiht,wie das Einkommen von Monat zu Monat vermindert wird mit dem er seine Familie ernähren soll, nicht nur soll, sondern ernähren muß, dann ist es doch ganz selbstverständlich, daß wir recht

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 1

recht haben, wenn wir sagen: Arbeiter, diese Lohntüte, die mußt du in der Hand haben, wenn jemand kommt und fragt Dich, wie du im Jahre 1935 abzustimmen gedenkst. Und zwar deshalb, weil wir der Auffassung sind, daß der Arbeiter jedenfalls nur von dem Standpunkt aus die Frage stellen kann, das erste, wichtigste, was er im Auge behalten muß, ist die Frage: Wie kann ich mir eine Besserung meiner Lage erkämpfen, und was muß ich als Arbeiter selbst tun, um andere Zustände, nicht nur in Dutschland, nicht nur im Saargebiet, sondern auch in Frankreich herbeizuführen. Und da sagen wir, das ist nur möglich, wenn der Arbeiter und die werktätigen Massen zusammen auf dem Boden des proletarischen Internationalismus zusammenkämpfen. Sie versuchen heute beispielsweise in einem Ort im Saargebiet mit einem Buch hausieren zu gehen und Unterschriften zu sammeln für die Deutsche Front. Sie machen einen regelrechten Jahrmarktsartikel aus der Deutschen Front. Zuerst hat es zwei Frahken, dann 1 Franken, dann 50 Centimes und jetzt 10 Centimes gekostet.
Wir sagen, daß, wenn man so versucht, an die Arbeiter heranzukommen, kann es einem Passieren, wie am Sonntag in der Deutschen Front in Oberlinxweiler. Die Arbeiter haben dort erklärt: Wenn wir uns zu einer Front zusammenschließen, dann ist es die eine Front, die Einheitsfront aller Ausgebeuteten gegen alle Ausbeuter, gleichviel mit welchen Fahnen sie sich schmücken, schwarz-weiß rot, blau-weiß rot oder mit der internationalen Flagge wie die der Regierungskommission. Ich bin also der Meinung, daß hier nach wie vor mit allem Nachdruck die Forderung erhoben werden muß: Die Regierungskommission muß freigeben Versammlungs- und Demonstrationsrecht der Arbeiter. Warum? Aus dem einfachen Grunde, damit die Arbeiter die Möglichkeit haben, nicht nur zu ihren Berufsinteressen Stellung zu nehmen, sondern zu allen im Saargebiet vorliegenden Problemen. Gestern in Geislautern wollten die Arbeiter der Velsener Grube zusammenkommen, um Stellung zu nehmen zu der Ausbeutung des französischen Imperialismus durch die französische Grubenverwaltung. Man hat dort gesagt seitens der Polizeiorgane: Ihr dürft Euch nur unterhalten, wenn es Euch an Holz fehlt in der Grube. Sobald ein Wort von Politik fällt, wird die Versammlung kraft der Verordnung der Regierungskommission geschlossen. Und wir sind der Auffassung, gerade der Arbeiter, gerade der Bergarbeiter in der Grube, gerade der Metallarbeiter auf der Hütte, gerade der Fabrikarbeiter, sie müssen die Möglichkeit haben, jetzt schon mit allen Mitteln zu diesen Problemen im Saargebiet Stellung zu nehmen. Und aus diesem Grunde heraus lehnen wir nicht nur die Verordnung der Regierungskommission ab, sondern aus diesen Gründen heraus haben wir auch alle Maßnahmen bisher eingeleitet und alle Maßnahmen mit den Arbeitern besprochen, die Durchführung solcher Verordnungen in weitgehendstem Maße unmöglich zu machen. Wir sind der Auffassung, daß sich s die in der letzten Woche sich zugetragenen Differenzen in der Deutschen Front durch diese unter unserer Führung stehenden Kämpfe noch verschärfen werden.-

Man hat Herrn Spaniol zum Teufel gejagt und dafür Pirro- Homburg gesetzt. Wir sind der Meinung, daß das nicht allzulange dauernd wird. Dann haben die Arbeiter die Deutsche Front erneut gesprengt, und man muß sich nach etwas anderem umsehen, um die Demagogie, den gemeinen Betrug und die Ungerechtigkeiten bei den Arbeitern noch schärfer durchführen zu können. Wir sind auch der Meinung, daß die einzige Kraft, die im Saargebiet die Frage, wer zukünftig die Saararbeiter

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4

ausplündern soll und wird, entscheidet, die Arbeiter sind. Und wie werden sie sie entscheiden ? Sie werden sie so entscheiden, daß es weder der Hitlerdiktatur noch den deutschen Kapitalisten Thyssen, Becker, noch den französischen Machthabern noch der Regierungskommission möglich sein wird, noch längere Jahre ihre Ausplünderungsherrschaft im Saargebiet aufrecht zu erhalten.

Wir sind der Auffassung, daß in letzter Konsequenz die Arbeiterschaft die Frage entscheidet und entschieden haben wird. Die Machthaber sind wir als Arbeiter und unsere Macht wird ausgeübt unter der Diktatur des Proletariats.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Petri!

Abg. Petri(SP): Meine Dame und meine Herren! Der Verordnung betreffend

Abänderung des Reichsvereinsgesetzes

stimmen wir zu. Unsere Einstellung wird veranlaßt durch das unerhörte schamlose Vorgehen der sogenannten Gewerkschaftsfront und der Deutschen Front. Weil man im Saargebiet noch nicht mit Brachialgewalt alle Andersdenkenden unterdrücken kann, wendet man Methoden des Gewissensterrors, der Existenzbedrohung, der Achtung, Bedrohung der persönlichen Sicherheit im Jahre 1935, Ankündigung auf Verlust der erworbenen Gewerkschaftsrechte und der Anwartschaften von Renten und Pensionen, grobe Verstöße gegen die Koalitionsfreiheit, an. Dazu diene folgender Vorfall als Beispiel: Die Belegschaft der Schloßbrauerei Neunkirchen wurde von dem Geschäftsführer des deutschen Arbeitsverbandes des Nahrungsmittelgewerbes, Herrn Hornung, zu einer Versammlung aufgerufen. Dort erklärt Herr Hornung, daß er von dem Verbandsleiter in Berlin, Herrn Wolkersdörfer, den Auftrag habe, im Saargebiet die "Deutsche Arbeitsfront" aufzubauen. Mit dem Betriebsleiter der Schloßbrauerei sei schon Rücksprache genommen, daß jeder Arbeiter in die "Deutsche Arbeitsfront" eintreten müsse. Bei einer Rückgliederung im Jahre 1935 nach Deutschland würden nur die Beiträge der "Deutschen Arbeitsfront" anerkannt, nicht die der freien Gewerkschaften und auch die rückliegenden Anrechte. Der Übertritt zum deutschen Arbeitsverband müsse binnen sechs Wochen vollzogen werden, da sonst keine Anerkennung der Rechte mehr erfolge. Jeder sei verpflichtet, einen Aufnahmeschein zu nehmen und würde jedem sechs Wochen Zeit zum Ausfüllen gegeben, und nach dieser Zeit würde niemand mehr aufgenommen. Der Betriebsleiter begrüße ausgerechnet den neuen Verband und freue sich, daß es zu seiner Gründung gekommen sei. Die neuesten Methoden der sogenannten "Deutschen Front", Arbeiter einzufangen, nehmen in den letzten Tagen im Saargebiet Formen an, die alles bisherige in den Schatten stellen. In allen gleichgeschalteten Betrieben werden die Arbeiter traktiert mit Aufnahmescheinen für eine "Deutsche Front". Reihenweise müssen die Arbeiter auf den Büros des Neunkirchener Eisenwerks antreten, wo ihnen die Unterschrift zum Beitritt zur Deutschen Front abgezwungen wird. Das ist Terror in höchster Vollendung. In anderen Betrieben wird ähnlich verfahren, auch in staatlichen und kommunalen Betrieben. In der Oberförsterei Kirkel werden die Forstarbeiter mit "Heil Hitler" gedrillt. Seit vergangener Woche wird die Werbung für diese Deutsche Front auch hausiermäßig betrieben. In allen Ortschaften des Saargebietes werden die Bewohner aufgesucht und mit offenen und versteckten Drohungen gezwungen, ihre Unterschrift auf den Anmeldeschein zu setzen. Der Text des Anmeldeformulars wechselt je nach den Personen sowie wechselt auch der Eintrittspreis. Zuerst waren es zwei Franken, dann ein Franken und jetzt geschieht die Anmeldung umsonst. Es mutet an, daß in nächster Zeit noch besondere Vergütungen dafür bezahlt werden. An Verordnungen und Aufrufen der Landesleitung der Deutschen Front fehlt es nicht. Wenn die Exekutivgewalt jetzt schon in der Hand des schwerindustriellen Flügels läge, wäre ein Konzentrationslager jetzt schon besetzt mit lauter Nationalsozialisten, die in der vergangenen Woche demonstriert und "Nieder mit Röchling" gerufen haben. Der neue Landesleiter Pirro möchte die Elefantenarbeit im saarländischen

Porzellanladen

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 1

Porzellanladen etwas verbessern. Er erläßt Aufrufe und Anordnungen ohne Unterschied. Er verbietet, irgendeinen Druck auszuüben. Bei der Werbetätigkeit soll das ebenfalls nicht geschehen. Am selben Tage prangte an den Anschlagtafeln des Neunkirchener Eisenwerks dieses Plakat. (Redner zeigt das Plakat vor). Die Arbeiter berichten uns von dem schamlosen Druck, den man ausübt. Am gleichen Tage liefen in Homburg uniformierte Kolonnen von Haus zu Haus, um die einzelnen Familien unter Werbedruck zu stellen. Das alles kann hemmungslos geschehen trotz der klaren und eindeutigen Entschließung des Völkerbundsrates vom vorigen Jahre. Dies alles geschieht in dem Augenblick, wo die Abstimmungs-und Juristenkommission in Tätigkeit tritt, um die zu erfüllenden Voraussetzungen für eine freie Abstimmung zu prüfen. Es kommt einem fast der absurde Verdacht, als wolle die Deutsche Front die Abstimmung und die Rückgliederung mit allen hintertreiben, denn man scheint die Abstimmung zu fürchten, weil man weiß, welche furchtbaren Gegensätze in das Deutsche Volk und in das deutsche Saarvolk getrieben wurden. Man weiß, daß große werktätige Teile des Volkes, weite katholische, protestantische und jüdische Volksteile den Despoten im Dritten Reich nicht folgen. Sie sind nicht gegen Deutschland, sondern sie sind für ein Deutschland, in dem jeder Deutsche frei und offen seinen Charakter wahren und nach seiner Façon selig werden kann, und wo die Sicherheit seiner Person und des geistigen Denkens besteht, wo das Bürgerliche Recht für arm und reich keine Klassenunterschiede kennt, wo der Arbeitnehmer-Einfluß auf arbeitsrechtlichem Gebiet und sozialpolitischem Gebiet nicht unterdrückt und ausgeschaltet wird, wo die Beziehungen zu allen anderen Ländern angebahnt und der Verständigungswille gepflegt wird. In ein solches Deutschland hinein zu gehen, hat kein Saardeutscher Bedenken. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus, die jetzigen Machthaber haben zu beweisen, ob sie den guten Willen haben, die Rückkehr aller Saardeutschen zu ermöglichen, um entweder erschlagen zu werden, ins Konzentrationslager oder Gefängnis gesteckt zu werden oder sofort außer Landes ziehen zu müssen. Vor dieser Frage stehen alle diejenigen, die den Faschismus und übertriebenen Nationalsozialismus ablehnen, von dem nach der Landeszeitung vom 3. Februar 1934 der Papst in Rom sagte: "Dieser Nationalsozialismus ist der Feind eines aufrichtigen Friedens und des menschlichen Glücks. Er ist voller Übertreibung und Lüge". Dieser Teil der Saarbevölkerung wird bis zum entscheidenden Stadium auf dem Posten sein. Dieser Teil der Bevölkerung hat das moralische und politische Recht und wird sich auch dafür einsetzen und sich diese Rechte durch keinen Terror beschneiden lassen.
Viele Beispiele könnten angeführt werden, wo die Exekutivorgane bei Vergehen der Deutschen Front gegen die Verordnungen blind und taub oder überhaupt nicht da sind, während bei den Linksparteien sofort zu Verhaftungen geschritten und bei irgendwelchen Ansammlungen mit dem Säbel dreingeschlagen wird. Wir verlangen als Deutsche Freiheitsfront, daß die Exekutivorgane zur unbedingten Neutralität verpflichtet werden. Ein kleiner Vorgang hier im Hause zeigt, wo ein Landjäger mit zusammengeschlagenen Haken vor einem Landesratsbeamten mit "Heil Hitler" grüßt. Wir verlangen keine einseitige Behandlung zu unseren Gunsten, sondern Neutralität aller Bevölkerungskreise.

Zuruf

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

(Zuruf des Abg. Schmelzer(DF): Regen Sie sich doch nicht so auf !)

Über Sie regen wir uns nicht mehr auf. Wir verlangen, diejenigen Beamten, die dieser Pflicht nicht nachkommen, von ihrem Amt zu entbinden. Die Regierungskommission hat zu beweisen, ob sie ihre Autorität einsetzt und der unter Bedrükkung stehende Bevölkerungsteil vor diesen aufdringlichen Werbebelästigungen geschützt wird.

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Staatskommissar Kuchenbecker!

Staatskommissar Kuchenbecker: Der Herr Abgeordnete Gärtner hat eine Auskunft gewünscht über die Bedeutung des Artikel 1 der Verordnung betreffend Abänderung des Reichsvereinsgesetzes hinsichtlich der Bedeutung des " in Verbindung treten", und über die Grundsätze, nach denen Ausnahmen von dem Verbot bewilligt werden. Es ist, wie sie aus dem Text der Verordnung ersehen, nicht jede Verbindung verboten, sondern nur eine solche Verbindung, bei der eine Unterwerfung stattfindet unter die Beschlüsse von Organen der anderen Vereine und eine Vereinigung mit diesen Vereinen zu einem gegliederten Ganzen. Was die Ausnahmen anbelangt, habe ich die Auskunft erhalten, daß es möglich sein kann, daß die Ausführung von Beschlüssen im Interesse der in Betracht kommenden politischen Vereine usw. liegt und zweckmäßig erscheint. Aus diesem Grunde hat die Regierungskommission das Mitglied der Regierungskommission für die Angelegenheiten des Innern ermächtigt, Ausnahmen von dem Verbot zu bewilligen. Inwieweit Ausnahmen bewilligt werden können, hängt von den Umständen des einzelnen Falls ab.

Die Angriffe des Abgeordneten Petri gegen die Regierungskommission wegen ungleichmäßiger Anwendung der Verordnungen weise ich zurück.

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Lieser !

Abg. Lieser (SP): Meine Dame und meine Herren! Ich habe in heutiger Sitzung den Auftrag, namens der Sozialdemokratischen Fraktion zu Punkt 5 der Tagesordnung betreffend:

Ergänzung des Strafgesetzbuches

Stellung zu nehmen. Um das Gutachten meiner Fraktion gleich vorwegzunehmen, habe ich zu erklären, daß wir der Vorlage zustimmen. Zur Begründung unseres Gutachtens soll mir gestattet sein, eine ausführliche Begründung zu geben.
Die Vorlage ist aus den gegenwärtigen politischen Verhältnissen, wie sie sich seit der Machtübernahme des Faschismus in Deutschland im Saargebiet gestaltet haben, geboren worden. Sie ist ein Produkt des Terrors, der nun zum dritten Mal gebildeten sogenannten "Deutschen Front". Die Vertreter rechts von uns in diesem Hause, mögen sie sich im Stillen zur ersten, zweiten oder dritten "Deutschen Front" zählen,haben keine Ursache und kein Recht, in gekünstelter Aufmachung gegen die Vorlage zu wettern. Wäre die Absicht der sogenannten "Deutschen Front", dem Saarländer und dem Saarvolk die Freiheit zu erobern richtig, so müßten die Vertreter der "Deutschen Front" ebenfalls für die Vorlage stimmen, da mit dieser Vorlage ein Stück Freiheit, das verloren zu gehen droht, gerettet werden soll. Dieses Stück heißt: Pressefreiheit! Aber nicht nur die Pressefreiheit im allgemeinen, sondern das Recht des einzelnen Redakteurs, in seinem Blatte das zu schreiben, was er nach seiner inneren Überzeugung für richtig hält, ist ernstlich bedroht.
Die Presse ist eine Großmacht geworden. In jedem zivilisierten Staate, soweit er noch nicht vom Faschismus beherrscht wird,setzt der Zeitungsschreiber seinen besonderen Stolz, seine besondere Ehre auf die so notwendige Freiheit seines Handelns. Ein Redakteur, der in seinem Blatte gegen seine innere Überzeugung schreibt, oder im Auftrage seines Brotgebers schreiben muß, belügt sich selbst. Ja, noch mehr. Er belügt seine Leser und treibt damit ein unverantwortliches Spiel mit der Bevölkerung. Er verübt Volksbetrug.
Die Regierungskommission will mit ihrer Vorlage das Recht der freien Meinung des Redakteurs aufrecht erhalten und jeder, der noch nicht vollständig dem Druck des faschistischen Terrors, der faschistischen Rechtlosmachung verfallen ist, muß diese Vorlage begrüßen.
Was war die Ursache zu dieser Vorlage ? In einem Aufruf des Pressereferenten der NSDAP und der sogenannten"Deutschen Front", dem es einmal mißlungen ist, die KPD für Ergatterung eines Bürgermeisterpostens einzuspannen, hat gegen einige seiner Berufskollegen den Vorwurf erhoben, daß sie in ihrem Blatte nach dem Grundsatz handeln: "Deutsch die Saar immerdar - nur gegen bar" und nannte dieses Verhalten unkollegiales Benehmen. Der Herr Pressereferent gab in diesem Aufruf seinen ungeratenen Kollegen zu verstehen, daß er nicht nur die freie Meinung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unterbinden werde,sondern er droht jetzt schon mit dem Ausschluß aus dem Verein der Saarpresse und versichert, daß er die Aufnahme in die Berufsliste gemäß des neuen Schriftleitergesetzes mit Entschiedenheit ablehnen werde. Damit hat der Pressereferent nicht nur mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß es an der Saar keinen Terror gibt, sondern daß man andererseits den betreffenden Redakteuren nur dann den Grundsatz:"Deutsch

<u>die</u>

LT Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

Saar- nur gegen bar" zubilligen will, wenn sie als rechtlose und willfährige Kreaturen dem Hitlerfaschismus dienen. Damit der Humor auch in dieser ernsten Kampfzeit auf seine Rechnung kommt, hat der Herr preußische Staatsrat a.D. Spaniol die Meinung des Pressereferenten restlos gebilligt und gedeckt. Spaniol ist durch die Ereignisse der letzten Tage bereits hinweggefegt. Die tausend Reichsmark pro Monat für das schwere und verantwortungsvolle Amt eines preußischen Staatsrates, desselben Preußen, das nicht mehr existiert, sind ihm infolge seiner hervorragenden Verdienste um das Saargebiet wieder sicher. Er ist wieder aktiv geworden. Wie lange der Herr Pressereferent noch in Amt und Würden ist, kann vielleicht schon die nahe Zukunft entscheiden.

Die so von mir geschilderten Ursachen, welche die Regierungskommission zur Vorlage des Verordnungsentwurfes nötigten, sind ein Stück jenes ungeheuerlichen Terrors, der in der Vergangenheit gegen alle Antifaschisten und Nichtgleichgeschalteten in jeder möglichen Form ausgeübt wurde, und in den letzten Tagen eine neue Prägung erhalten hat.

Am Donnerstag, den 1.3.1934 wurde die Saarbevölkerung wieder einmal von einem Befehl überrascht:" Fahnen heraus!" Gehorsamst wurde dieser Befehl ausgeführt. Glocken läuteten. Erst dann erkundigte man sich, was denn eigentlich los ist. Dieses Mal wurde zwar nicht wie annodazumal in Neunkirchen ein "Kommunistisch-Naziotisches "Opfer zu Grabe getragen, aber "neues Leben" war erstanden. Nach langen inneren Kämpfen und Geburtswehen hat eine neue Deutsche Front unter der Parole der saarländischen Eidgenossenschaft:"Unser Deutschland" das Licht der Welt erblickt. Das Produkt einer Kreuzung zwischen Röchling und Papen hat in die eigenen Reihen eine geradezu erschütternde Aufregung hineingetragen. Fahnen wurden abwechselnd ausgehängt und wieder eingezogen. Der Ton der Kirchenglocken wurde von vielen als Trauergeläute empfunden. Man fühlt es, an diesem 1.März 1934 wurde die Hoffnung auf einen wahren Sozialismus auch an der Saar zu Grabe getragen. Der alte "Stumm-Hilger-Geist" hat gesiegt. Diese Tatsache hat durch den Widerhall der Rufe der jungen Nationalsozialistischen Garde in den Straßen in und um Saarbrücken:"Nieder mit Röchling!" und "Es lebe Spaniol!" ihre deutliche Bestätigung gefunden.

Die Schwerkapitalisten Röchling - Papen senden geschickt ihre abhängigen Trabanten in das Vordertreffen des Kampfes. Und wenn die Sozialisten" Röchling und Papen den neuen Landesleiter und "Sozialist" Pirro ein politisch bis vor kurzem ziemlich unbeschriebenes Blatt vorschicken konnte mit der Erklärung, daß der 1.März 1934 als ein Tag der Freude bezeichnet werden müsse und daß das, was der 12.November 1933 für das Reich bedeute, bedeute der 1.März 1934 für das deutsche Saarvolk, so müssen wir im stillen Einverständnis der Anhänger der Nazis, die im Ernst von Hitler einen wirklichen Sozialismus erhofft und erwartet haben, sagen: Nein, der 1.März 1934 bedeutet für das Saarvolk d i e Enttäuschung, die im Juli 1933 dem deutschen Arbeitervolk bereitet wurde, wo der große Führer und "Sozialist" seine schützende Hand über das Großkapital hielt, das "Ganze Halt" geblasen und jeden mit dem Konzentrationslager bedrohte, wer es noch einmal wagen sollte, von einer Revolution zu sprechen. Aber auch der Vergleich mit dem 12.November 1933 ist trotzdem nicht übel. Man gibt damit ganz offen zu erkennen, daß man auch an der Saar mit denselben Methoden, mit demselben Schwindel die Abstimmung durchzuführen gedenkt.

Ich

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4 I

Ich darf annehmen, daß man hiervon an zuständiger Stelle geziemend Kenntnis genommen hat.

Neben dem wieder aus der Versenkung aufgetauchten Karl Brück ist durch Röchlings-Papens-Gnade der christliche Gewerkschaftssekretär Peter Kiefer zum "Saargöbbels" ernannt worden. Man muß schon sagen und anerkennen, die gerissenen Drahtzieher des Kapitalismus, wie Röchling und Papen, kennen ihre Leute genau.

Peter Kiefer hat in einer der letzten Landesratssitzungen den Beweis erbracht, daß ihm in punkto Mundwerk selbst sein Original in Berlin unterlegen ist, vergleicht man aber seine letzte Rede in Berlin, so muß man, um auch dem Gegner gerecht zu werden, feststellen, daß sich der "Göbbelersatz" an der Saar in punkto Weisheit und Grütze an seinem Herr und Meister in Berlin nicht messen kann.

"Auch in früheren Zeiten als andere Leute noch in Deutschland regierten, hatten wir den Wunsch, zum Vaterland heimzukehren, jetzt aber, wo Adolf Hitler das deutsche Volk führt, kehren wir deutschen Saarländer erst recht zu Deutschland zurück." Mit diesen Ausführungen hat der an Scheinheiligkeit nicht mehr zu übertreffenden Peter Kiefer den Befähigungsnachweis als "Saargöbbels" erbracht. Als"andere Leute" in Deutschland regierten - hoffentlich hat er nicht schon-vergessen, daß zu den anderen Leuten seine eigene Partei, das Zentrum gehörte- wollte derselbe Kiefer mit 30 000 Kumpels die Nazis niederschlagen und in Deutschland wieder Ordnung schaffen. Jetzt hat er die Rolle als Eintreiber des Kapitalismus übernommen. Aber es wird die Zeit kommen, wo er sich an das Srichwort erinnern wird:" Nun hast Du Mohr Deine Schuldigkeit getan, nun kannste gehen".

So hat nun die dritte "Deutsche Front", bei deren Zusammensetzung scheinbar festgestellt wurde, daß Schmelzer tatsächlich öfter in Saargemünd gewesen ist, als sein Frontkamerad Schmoll, unter dem Einfluß des Hitlergeistes der Röchling-Papen ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Einordnung der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Parteien und der freien Gewerkschaften war durch den vorgeschobenen Landesleiter Pirro mit einem Federstrich schnell vollzogen. Auf dem Papier. Daß man sich dabei im Übereifer gründlich verhauen kann,beweisen die erfolgten Dementierungen und Richtigstellungen. Aber ganz übersehen hat man in diesem Übereifer, daß im Saargebiet auch eine deutsche Freiheitsfront im Kampfe um das wahre Deutschland steht. Die sogenannte Deutsche Front rühmt sich mit dem Erfolg Hitlers, den Klassenkampf beeendet und einen klassenlosen Staat geschaffen zu haben. Dies geschah in der Weise, indem man den Kapitalisten als Führer seines Betriebes bestimmte und die Arbeiter zu gehorchen haben. Nach diesem Kapitalistenspruch "Ihr habt dem neuen Staate zu dienen und wir werden an ihm weiterverdienen" versucht man nun auch an der Saar die Arbeiter der Kapitalistenklasse unterzuordnen, sie zu entrechten und so den Klassenkampf zu beenden.

Wir in der deutschen Freiheitsfront, die wir schon in der Zeit in den deutschen Fronten auf den verschiedensten Schlachtfeldern standen, wo führende Männer des Dritten Reiches, wie Dr. Frick es vorgezogen haben, die "Deutsche Front" in Pirmasens und München zu besetzen und Dr. Göbbels kaum 17 Lenze zählte; wir die es verstanden haben für die Befreiung der Rheinlande zu kämpfen, während die heutigen Machthaber in Deutschland durch Putschen den Befreiungskämpfern in den Rücken fielen;

wir, die den Kampf um die Rheinpfalz gegen die freie Pfalzbewegung und den Separatismus siegreich bestanden und dies durch den Verständigungswillen der früheren Regierungen

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4

fünf Jahre früher wie vorgesehen, von der fremden Militärmacht befreiten;
Wir Freiheitskämpfer an der Saar fühlen uns als wahre Deutsche und werden auch den Kampf an der Saar weiterführen und siegreich beenden:

Gegen kapitalistische Ausbeutung-
Für den wahren Sozialismus.
Gegen Knechtschaft und Terror
Für Freiheit und Recht.
Gegen Barbarei - für Humanität.
Gegen Versklavung der Arbeiterklasse- für ein Arbeitervolk als ein gleichberechtigter Faktor in Politik und Wirtschaft.
Nieder mit dem Faschismus- Hoch die deutsche Freiheitsfront !

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmelzer !

Abg. Schmelzer(DF): Meine Dame und meine Herren! Es wäres sehr erfreulich gewesen, wenn die Regierungskommission in ihrer Not den Verhandlungen heute hätte beiwohnen können. Sie hätte dann feststellen können, daß wir bereits in der glücklichen Lage sind, uns über die Vorlagen hier in so überreichem Maße lustig zu machen. Wir lachen über die Vorlagen 4 und 5 und wir lachen erst recht und mit uns die ganzen Redakteure des Saargebietes mit Ausnahme eines einzigen, über die Vorlage 5. Die Vorlage zum Schutz der Redakteure hat gar kein Redakteur erhst genommen. Ich habe zwar mit keinem gesprochen, aber ich glaube die Presse so viel zu kennen, daß ich annehme, daß sie keinen Schutz begehrt hat, sondern daß sie gehörig gelacht hat über die Vorlage mit Ausnahme eines einzigen Redakteurs, des Redakteurs der "Volksstimme". Ich bedauere, daß er nicht hier ist, denn sonst würde ich ihm noch mehr sagen. Seit seiner letzten Anwesenheit hat er ein Haar gefunden in den Verhandlungen des Landesrates. Sein Geist spricht ohnehin zu uns...

(Zuruf des Abg. Petri(SP): Aber seine Ohren hören mit!)

Daß Sie jahrelang gearbeitet haben, steht nicht ganz genau fest, außer mit dem Maul.

- Glocke des Vorsitzenden -

Vorsitzender: Ich bitte ,die Zwiegespräche zu unterlassen. Ich kann diese Zwiegespräche nicht zulassen.

(Zuruf des Abg. Petri(SP): Er hat behauptet, daß ich mein Leben lang nicht gearbeitet habe.)

Sie haben zuerst Herrn Schmelzer unterbrochen.

(Zuruf des Abg. Petri(SP): Er provoziert, er, der nie Untergebener war,- ich habe 20 Jahre im Bergwerk gearbeitet, da kann Herr Schmelzer nicht daran riechen.)

Abg. Schmelzer (DF): fortfahrend: Ich will nicht auf das Niveau steigen mit Ihnen zu sprechen.

- Glocke des Vorsitzenden-

Vorsitzender: Ich bitte den Redner fortzufahren und derartige Zwiegespräche zu unterlassen, das führt zu nichts.

Abg. Schmelzer (DF) fortfahrend: Der eine Redakteur des Saargebietes gebraucht vielleicht Schutz, denn ich könnte mir vorstellen, daß allmählich die Leserschaft seines Blattes und seiner Auftraggeber von der Art, wie er das Blatt redigiert, genug hätte und daß sie einen Druck auf ihn ausüben würde, doch mehr so zu schreiben, wie es im deutschen Saargebiet angebracht ist.

(Zuruf des Abg. Lieser (SP): Als wenn er einen Schutz brauchte.)

Vielleicht hat er sich um diesen Schutz bemüht. Die anderen Redakteure brauchen keinen Schutz.
Die beiden Redner der Sozialdemokratischen Fraktion haben heute pathetisch und wehleidig gesprochen über Terror,

der

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13 A4

86

der hier herrscht, über die bedrohte Koalitionsfreiheit. Ich könnte Ihnen ebenfalls das aus eigner Anschauung sagen, wie es mit der Koalitionsfreiheit bestellt war zur Zeit als die Sozialdemokratie aufkam und das war, bevor Sie einen Funktionärbeamten in Ihrer Bewegung hatten. Und wenn Sie sich erkundigen wollen, wie es damals aussah, so fragen Sie bei denjenigen, die so um die 80 er und 90 er Jahre bis zur Jahrhundertwende Arbeiter waren. Das war ich, wie dort jeder gepresst wurde in die Sozialdemokratischen Gewerkschaften einzutreten. Es gab Städte in Deutschland, wo nicht nur die Arbeiterstellen abgejagt wurden, da wurde nicht nur körperlich bedroht, sondern das Arbeitszeug beschmutzt und die Kleidung zerrissen,- mit jedem Mittel wurde gearbeitet-. Lesen Sie in der Literatur nach. So haben seinerzeit Ihre alten Funktionäre Anweisung bekommen, wie man den Arbeiter in die sozialdemokratische Front hineinbringt. Das war so damals. Lachen Sie nicht, Herr Kleinbourgeois Lieser. Sie haben die Dinge nicht mitgemacht. Wenn Sie sich hierherstellen und reden große Töne, so muß ich sagen, wo ist Ihr Reichsbanner geblieben ?

(Zuruf des Abg. Petri(SP): Das wird sich ändern!)

Ihr großer Führer Severing hat seinerzeit als er vom Herrn von Papen abgesetzt wurde, gesagt, ich weiche nur der Gewalt! Herr von Papen hat die Macht gehabt und Severing mußte gehen. Sie (zu den Sozialdemokraten) haben geerntet, was Sie gesät haben. Die Saat ist aufgegangen und wenn Sie halbwegs vernünftig sind, dann sehen Sie das ein. Ich bedauere immer wieder, wenn Leute Ihres Schlages - von Natur rechtschaffen- von gewissenlosen Burschen irre geführt werden.

Der Redner der Kommunisten spricht offenbar noch nach einem alten Rezept, eine politische Rede muß lang, dumm und unflätig sein.

(Zurufe der Kommunisten; die aber nicht verstanden werden!)

Das Rezept ist überholt auch bezüglich der Marktschreierei. Sie locken keinen Hund mehr aus dem Hofe hervor, wenn Sie sagen, "Wir als Kommunistische Fraktion". Ich muß fragen, wer ist das "Wir"? Wenn einige Leute unter Ihnen mit einigem Verstand und Witz ihre Sache machen, dann sind sie schnell draußen. Ich erinnere an die Herren Reinhard, Ulrich und Genossen.

(Zuruf des Abg. Lorenz(KP): Die Lumpen habt Ihr gesammelt!)

- Glocke des Vorsitzenden -

(Zuruf des Abg. Petri(SP): Einen Clown muß man auch haben!)

Ich habe Zeit, obwohl ich im Akkord arbeite und Sie(zu Abg.Petri) im Taglohn. Ich brauche nicht nachzuweisen, wieviel Stunden ich im Landesrat sitze.

(Lärmende Zurufe seitens der Linken, sodaß der Redner am Sprechen gehindert wird.)

- Glocke des Vorsitzenden -

Und wenn Sie reden von der Kraft des Proletariats, ja, haben Sie sich einmal überlegt, ob Sie Wortführer des Proletariats sind und nicht der Proleten. Wenn Sie glauben, Wortführer der Proleten zu sein, dann sind Sie auf falscher Bahn. Sie haben

<u>kein</u>

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 113
A4

kein Mandat mehr dazu. Ich will die Rede Ihres Sprechers nicht zerpflücken. Ich könnte aber fragen, ob es ein falscher Zungenschlag war oder ob es seine Meinung war, wenn der kommunistische Redner sagt, wenn die Regierungskommission uns entgegenkommt, kommen wir auch der Regierungskommission entgegen. Sie fragen, ob eine freie und ungehinderte Abstimmung garantiert sei. Ich habe in der Zeitung gelesen, daß bei der Sicherheitsmännerwahl, die kürzlich stattgefunden hat, ein Saarbundmann nicht eine einzige Stimme bekommen hat. Nun sagen Sie (zu den Kommunisten) oder Ihr Sprecher, wir haben nicht die Möglichkeit, unseren Wählern zu sagen, wie sie abstimmen sollen. Glauben Sie, es braucht Sie jemand, der Ihnen sagt, wie abgestimmt werden soll. Ihr armen Tröpfe und arme Menschen.

(Zuruf des Abg. L'hoste(KP): Wieviel Liter Wein hast Du heute schon getrunken. Betrachte einmal Dein Gesicht!)

Es ist schade, daß Sie Ihren Hey nicht bei sich haben.

(unverständliche Zurufe der Kommunisten)

- Glocke des Vorsitzenden -

Den beiden roten Fraktionen hat die Bildung der Deutschen Front eine außerordentliche Beklemmung verursacht. Ich will Ihnen sagen, was die Deutsche Front ist. Die Deutsche Front ist die Zusammenfassung aller Tätigen, die zum Vaterland zurückkehren wollen. Diese Leute folgen nicht Herrn Röchling, sondern ihrem Gewissen. Und wenn Sie glauben, diesen Abstimmungskampf behandeln zu müssen wie eine Lohnbewegung, dann machen Sie das gleiche wie 1918, die Revolution war nichts mehr als eine Lohnbewegung. Das wird Ihnen die ganze Bevölkerung an der Saar beweisen. Für uns ist diese Abstimmung eine Angelegenheit des Herzens und der Vaterlandsliebe. Die Bevölkerung wird Ihnen die richtige Antwort geben.

(Zurufe des Abg. Lorenz (KP): Schieber, Ausbeuter!)

Wenn Sie versuchen wollten, etwas anderes zu propagieren, dann werden Sie noch einen viel schlimmeren Weg gehen als Ihre Genossen im Reich.

(Zurufe der Kommunisten und Sozialdemokraten)

Sie leben ja nicht von der Arbeit Ihrer Köpfe, sondern Sie leben vom Maulaufreißen.

(Zuruf des Abg. Lieser (SP) bleibt unverständlich)

Der Abstimmungskampf an der Saar ist eine Angelegenheit des Herzens und der Vaterlandsliebe.

(Bravo-Rufe der Deutschen Front !)

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 13

A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat Herr Abgeordneter Schmoll !

Abg. Schmoll (DF): Eine persönliche Bemerkung! Ich hatte nicht die Absicht auf die sogenannte Poincaré-Reise nach Saargemünd nochmals zurückzukommen. Ich will aber Herrn Abgeordneten Lorenz doch zum letzten Male antworten. Ich stelle nochmals hier fest, daß es sich bei dieser Reise um eine Amtsreise der Stadt Saarbrücken gehandelt hat. Zu dieser Reise waren die drei Beigeordneten der Stadt beauftragt, bei Poincaré vorzusprechen, um Lebensmittel nach dem Saargebiet hereinzubekommen. Ich war nur als Ersatzmann für einen erkrankten Beigeordneten eingetreten. Das ist eine historische Tatsache, die jeder nachprüfen kann, und wenn Sie hier im Hause ein paar Türen weitergehen, werden Sie den wahren Sachverhalt erfahren. Ich bin überzeugt, daß diejenigen, die nunmehr glauben, mir persönlich am Zeug flicken zu können, damals froh waren, daß Lebensmittel infolge der Fahrt nach Saargemünd hereinkamen. Diese Reise ist nicht zu vergleichen z.B. mit der Begrüßung des französischen Militärs durch gewisse Elemente in Dudweiler, ein Geist, der heute noch zu uns strömt. Das waren Leute, die nachher von den Franzosen den wohlverdienten Fußtritt bekommen haben.

Ich stelle dies hier fest und zwar zum letzten Male.

Vorsitzender: Es haben noch einige Abgeordnete um's Wort gebeten zu persönlichen Bemerkungen. Ich kann angesichts der Tatsache, daß sich diese Abgeordneten zu Beleidigungen hinreißen lassen, das Wort nicht mehr erteilen.

Ich schließe die Sitzung (12 Uhr 30 Minuten).

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 13
A4